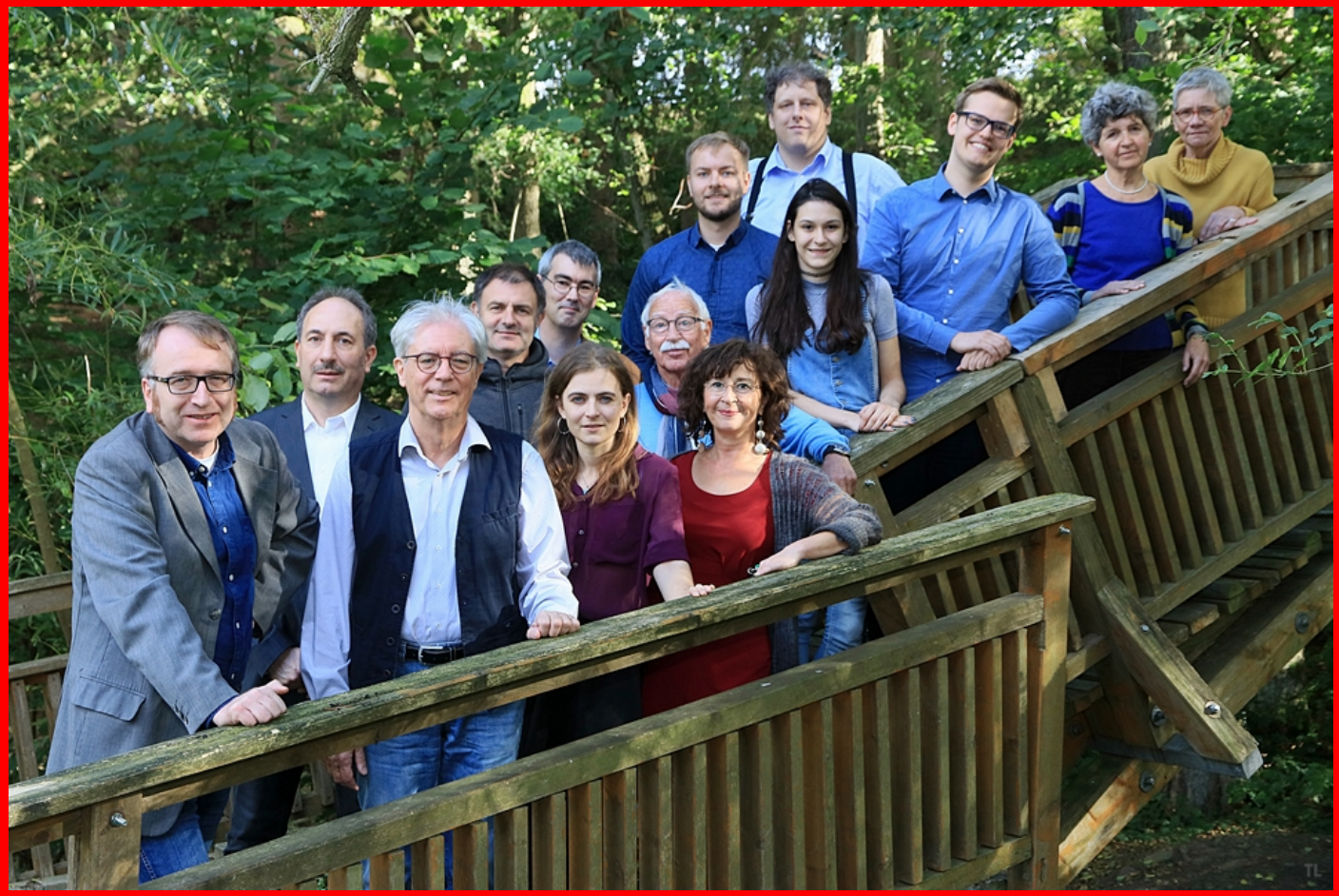


Unsere Arbeit 2014 – 2020

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Redaktionsschluss 8. Mai 2020
Auflage: 500 Stück
Die Broschüre wurde mit LaTeX gesetzt

- Das Bild auf Seite 10 stammt von Catatine@Wikicommons und wurde unter Creative Commons Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht
- Die Bilder auf den Seiten 17 und 20 stammen von Jean Housen@Wikicommons und wurden unter Creative Commons Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht
- Das Bild auf S. 22 basiert auf einem Photo von EveryPicture@Wikicommons. Dieses wurde unter Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Unported (CC BY-SA 3.0) lizensiert. Gleiches gilt für die Bearbeitung.
- Die Photos unserer Fraktionsmitglieder stammen von Andreas Schmitter und Thomas Langens

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Unsere Arbeit 2014 – 2020

Die Linke im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof, Raum 139
52062 Aachen
Tel. 0241 / 432 7244
Fax 0241 / 413 541 7244
E-Mail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Inhaltsverzeichnis

Wem gehört die Stadt? **6**

I. Links wirkt **8**

1. Für eine soziale Stadt **9**

2. Öffentliche Daseinsvorsorge verteidigen – eine Stadt ist kein Konzern! **13**

3. Wem gehört die Stadt denn nun? **17**

4. Klima- und Verkehrspolitik – konsequent, sozial & gerecht **21**

5. Kulturelle Teilhabe für Alle – Leben ist mehr als Existenz **27**

6. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es (Erich Kästner) **29**

7. und sonst? **33**

II. Die Linke im Rat der Stadt Aachen und in den Ausschüssen 40

Ratsmitglieder **41**

Sachkundige Bürger*innen **42**

In der Ratsperiode ausgeschiedene Fraktionsmitglieder **45**

Wem gehört die Stadt?

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie sich diese Frage auch schon einmal gestellt? Beschleicht Sie dabei das Gefühl, dass die Politik in Aachen nicht immer Entscheidungen zugunsten der Mehrheit der Menschen trifft, sondern eher die Interessen weniger im Blick hat?

Auch Die Linke im Rat der Stadt Aachen hat sich die Frage gestellt, wem die Stadt eigentlich gehört. Und unsere Antwort lautet: Sie gehört den Menschen, die hier leben, und nicht den Investoren, denen es in erster Linie um ihren Profit geht.

Ausgehend von dieser Überzeugung und der damit verbundenen sozialen Komponenten hinterfragen wir politische Entscheidungen, inwieweit sie die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger im Blick haben.

Linke Kommunalpolitik orientiert sich in besonderem Maße an den Schwächsten in einer Gesellschaft. Die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sozial benachteiligter Einwohner*innen ist einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Nehmen Sie sich nun ein wenig Zeit und lesen Sie auf den folgenden Seiten, was wir in den vergangenen sechs Jahren an Ideen und Vorstellungen in die Ausschüsse und den Stadtrat eingebracht haben.

Eine gute Lektüre wünscht Ihnen

Leo Deumens
(Fraktionsvorsitzender)

Teil I.

Links wirkt

1. Für eine soziale Stadt

Der Kern linker Kommunalpolitik ist der Einsatz für sozial benachteiligte Menschen. Allen Einwohner*innen eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, ist eines unserer zentralen Anliegen.

Die Altersarmut hat in den letzten Jahren in Aachen stetig zugenommen. Mehr als 3.000 Rentner*innen erhalten Grundsicherung, und die Dunkelziffer ist, bedingt durch Scham und Unwissenheit, sehr hoch. Dies hat uns auch die zuständige Sozialverwaltung bestätigt. Darüber hinaus wächst nahezu jedes vierte Kind in unserer Stadt in armen Verhältnissen auf.

Armut in einem reichen Land wie Deutschland ist ein Skandal. Darum fordert Die Linke auf Bundesebene eine existenzsichernde Mindestrente und die Abschaffung von Hartz IV.

Unsere Fraktion weiß, dass wir Armut auf kommunaler Ebene nicht verhindern können.

Wir können jedoch die Folgen von Armut zumindest abmildern und für die betroffenen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen. So haben wir z. B. ein Antragspaket mit dem Titel „Der Armut Grenzen setzen“ in den Stadtrat eingebracht. Hierin forderten wir u. a. die Einrichtung eines Runden Tisches „Armut in Aachen“. Ziel war die Erarbeitung von Strategien und Konzepten, die die Folgen von Armut auffangen und verringern sollten. Eine weitere Forderung war der Ausbau niedrigschwelliger Angebote für Kinder und Jugendliche in allen Stadtvierteln, wie z. B. der Ausbau des Freizeitangebots *Tag/NachtAktiv*. Mit der Schaffung von kostenfreien Angeboten wird die Teilhabe von Kindern und jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien verbessert. Leider stimmte die Mehrheit dem nicht zu.

Mehr Erfolg hatte Die Linke mit dem Antrag, eine Kampagne zur Grundsicherung im Alter durchzuführen. Wohlgemerkt: Die Grundsicherung verhindert keine Armut, weil sie nicht existenzsichernd ist. Aber bei einer kleinen Rente verbessert sie zumindest die finanzielle Situation für die betroffenen Menschen. Viele nehmen diese Leistung jedoch nicht in Anspruch, weil sie sich schämen oder nicht ausreichend informiert sind. Wir hoffen, dass durch diese Kampagne mehr ältere Aachener*innen von ihrem Recht Gebrauch machen.

In Aachen gibt es jedes Jahr allein bei der STAWAG ca. 1.800 Stromsperren. Hier fordert Die Linke schon seit Jahren ein Verbot von Energiesperren. Aber nicht nur das wurde und wird von allen anderen Fraktionen abgelehnt, sondern auch unser Antrag auf Einrichtung eines Härtefallfonds. An diesem sollten sich die Stadt Aachen und die STAWAG mit jeweils 50.000 Euro pro Jahr beteiligen, um so zu verhindern, dass Menschen Strom und Gas abgestellt werden. Unsere Fraktion lässt bei diesem Thema nicht locker, zumal jüngste Strom- und Gaspreiserhöhungen die Situation für viele Menschen noch einmal verschlechtern.

Ausgelöst durch den Sozialentwicklungsplan nimmt die quartiersbezogene Arbeit der Verwaltung einen immer größeren und wichtigeren Stellenwert ein, was wir

begrüßen. Das Netz aus Stadtteilbüros, Stadtteilkonferenzen und Stadtteilfonds kann zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe von Menschen mit wenig Geld beitragen. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion mit Erfolg beantragt, dass sich die Stadtteilkonferenzen im Sozialausschuss vorstellen. So wird nicht nur ihre Arbeit gewürdigt, sondern sie haben auch die Möglichkeit, ihre Wünsche und Forderungen an die Politik zu formulieren.

Die Linke wird sich auch weiterhin für mehr soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Folgen von Armut auf kommunaler Ebene engagieren. Wir sind die einzige Fraktion im Stadtrat, die alle Themen und Inhalte konsequent mit der sozialen Frage verbindet.

2. Öffentliche Daseinsvorsorge verteidigen – eine Stadt ist kein Konzern!

Wie würden wir in unserer Stadt ohne die Beschäftigten in der Stadtverwaltung leben, die in Kitas, bei der Feuerwehr, im Ordnungsdienst, bei der Stadtreinigung und vielen weiteren Bereichen arbeiten?

„Warum brauchen wir dafür einen öffentlichen Dienst? Private Unternehmen können das genauso gut und sind auch noch billiger“ – behauptet manch ein Zeitgenosse und versucht uns weiszumachen, dass der Dienst für eine funktionierende Stadtgesellschaft mit den Bedingungen in der Privatwirtschaft gleichgesetzt werden kann.

„Privat vor Stadt“?

In den vergangenen Jahrzehnten wurden bereits viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ganz oder teilweise privatisiert. Ob Post, Bahn, Wasserwerke, Kranken- Pflege- oder Bildungseinrichtungen – nichts ist besser oder gar billiger geworden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Leistungen für die Menschen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten haben sich wesentlich verschlechtert, wie man am Beispiel der Reinigung in öffentlichen Gebäuden auch in Aachen sehen kann.

Wie sehr sich die Arbeit in der kommunalen Verwaltung verändert hat, kann man sehr gut am aktuellen Sprachgebrauch ablesen. Ausdrücke wie „Personalressourcen“ anstelle von Mitarbeiter*innen, „Produkte“ statt Aufgaben der Daseinsvorsorge oder die Begriffe „Konzern Stadt“ oder „Die Marke Aachen“ für unseren Lebensraum stellen den öffentlichen Dienst sprachlich und zunehmend faktisch auf eine Stufe mit gewinnorientierten Betrieben in der Privatwirtschaft. Nicht zuletzt hat auch „eine Verschlankung des Personalkörpers“ mit Betriebssport oder gesundem Essen in der Kantine nicht das Geringste zu tun. Es geht dabei konkret um Personalkürzungen. Immer weniger Beschäftigte müssen stetig komplexere Aufgaben bewältigen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

Die von CDU und Grünen 2010 eingeführte Wiederbesetzungssperre bei der Stadtverwaltung hat die Situation zusätzlich verschärft. Die Linke hat dies

ver.di

immer wieder thematisiert, bis die Sperre im Jahr 2019 endlich aufgehoben wurde.

Viele Kommunen haben mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen. Öffentliche Aufgaben sind daher ständig der Gefahr einer Privatisierung ausgesetzt.

Mittlerweile gehen einige Kommunen jedoch wieder dazu über, ehemals privatisierte Dienste wieder zu rekommunalisieren. Ein prominentes Beispiel ist hier sicher die Trinkwasserversorgung in Berlin.

Auch unsere Fraktion setzt sich für die Rekommunalisierung ein, mit ersten Erfolgen beim städtischen Winterdienst und der Pflege von öffentlichen Grünanlagen. Bei der Gebäudereinigung bleiben wir weiter am Ball.

Wir kämpfen für eine soziale Stadt mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge!

Der öffentliche Dienst kann nicht an finanzieller Rentabilität bemessen werden, er ist ein Mehrwert für unsere Gesellschaft an sich! Bildungs-, Sozial- oder Gesundheitseinrichtungen – um nur einige Beispiele zu nennen – müssen sich nicht rechnen, sie müssen die beste Versorgung für die Bevölkerung sicherstellen.

Die Linke wird sich auch weiterhin allen Privatisierungsversuchen des öffentlichen Dienstes in den Weg stellen, um die sozialen Errungenschaften unserer Gesellschaft zu erhalten!

3. Wem gehört die Stadt denn nun?

In einer Stadt wohnt, lebt und arbeitet man. Sie gehört uns allen oder keinem, je nach Sichtweise.

Aber immer weniger Menschen können die Wohnungsmieten in der Innenstadt bezahlen. Sie werden an den Stadtrand oder in Nachbarkommunen verdrängt. Zurück bleiben Leerstand für Spekulanten und teure Wohnungen, die sich nur Wenige leisten können.

Immer mehr kleinere inhabergeführte Geschäfte verschwinden. Aufgrund des Internethandels und überdimensionierter Konsumtempel, wie dem Aquis Plaza kämpfen sie bereits seit Jahren um ihre Existenz. Dazu kommen rasant gestiegene Mieten für Gewerbeimmobilien, die Viele zum Aufgeben gezwungen haben. Der Verlust von Arbeitsplätzen und die zahlreich leer stehenden Geschäfte verleihen unserer

Stadt in etlichen Straßenzügen ein hässliches Gesicht.

Warum aber lassen Immobilieneigentümer*innen ihre Wohnungen und Geschäfte z. T. über Jahre leer stehen und verzichten ganz auf Mieteinnahmen? Wem das Allgemeinwohl (Grundgesetz Art. 14, Abs. 2) egal ist, der denkt doch umso intensiver an das eigene Wohl. Lohnen sich Leerstände vielleicht für die Besitzer?

Die Antwort lautet leider ja. Das deutsche Steuergesetz erlaubt, Einnahmeverluste durch Leerstand mit anderen Einkünften zu verrechnen. Deshalb besteht kein Anreiz, Wohnungen oder Geschäfte günstiger zu vermieten. In der unteren Adalbertstraße haben wir Tag für Tag das besonders abstoßende Beispiel eines Aachener Investors vor Augen. Ihm gehört die Häuserreihe gegenüber dem Aquis Plaza. Durch den jahrelangen Leerstand haben die Bausubstanz und auch das Umfeld gelitten. Hier wurde viel preiswerter Wohnraum vernichtet.

Da kann man nichts machen? Doch, man kann und muss!

Seit vielen Jahren kämpft DIE LINKE gegen den Leerstand und die steigenden Mieten in Aachen.

Bereits 2012 beantragte Die Linke die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung. Diese Satzung ermöglicht u. a. die Sanktionierung von Wohnungsleerstand. Wir

hofften, dass die anderen Fraktionen – angesichts der offensichtlichen Not an preiswerten Wohnungen – unseren Antrag begrüßen und sogleich beschließen würden. Leider war die CDU-GRÜNE-Ratsmehrheit nicht zu überzeugen, und der Antrag fand keine Mehrheit. Zwei Jahre später versuchten wir es erneut. Nun war es eine Mehrheit aus CDU und SPD, die noch weitere fünf lange Jahre benötigte, bis die Satzung im Sommer 2019 endlich beschlossen wurde.

Im Januar 2019 forderten wir eine Leerstandssatzung für Gewerbeimmobilien. Der Antrag befindet sich seitdem in der rechtlichen Prüfung.

Ladenlokal – inzwischen leerstehend

Nicht nur private Investoren kommen ihrer Verpflichtung zum Allgemeinwohl häufig nicht nach, auch der Landesbetrieb BLB lässt Immobilien ungenutzt leer stehen, wie das ehemalige Straßenbauamt an der Karl-Marx-Allee, das seit 2012 verrottet. Das Grundstück wäre ideal zur Errichtung von

preiswerten Wohnungen. Wir weisen seit Jahren darauf hin – das Gelände liegt noch immer brach.

Die Linke sieht aber auch die Stadt in der Pflicht. Sie muss wieder selbst bauen und ihren Wohnungsbestand kontinuierlich erhöhen. Wohnungen im kommunalen Eigentum sind ein wesentliches Gegengewicht zum privaten, oft gewinnorientierten Wohnungsmarkt.

Fast ebenso wichtig ist der Ausbau des Wohnungsbestandes der gewoge. Leider scheitert der dringend notwendige Neubau von guten, preisgebundenen Wohnungen allzu oft am fehlenden Bauland.

Stadt und Politik müssen durch die konsequente Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts an mehr Baugrundstücke für den preisgebundenen Wohnungsbau gelangen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Stadt keine eigenen Grundstücke mehr verkauft, wie dies auch in vielen anderen Städten üblich ist.

Alle Menschen in unserer Stadt müssen sich eine Wohnung leisten können, Wohnen ist Menschenrecht. Dafür kämpft Die Linke.

4. Klima- und Verkehrspolitik – konsequent, sozial & gerecht

Kaum ein Thema wirkt so umfassend in nahezu alle gesellschaftlichen und privaten Bereiche wie der Schutz unserer (Um-)Welt.

Auf allen politischen Ebenen – weltweit, national, und natürlich auch lokal – müssen schnellstmöglich alle erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden, um eine Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Insbesondere die Menschen in den Industrienationen werden ihr Leben umstellen müssen, wenn wir den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft hinterlassen wollen.

Was bedeutet das für Aachen?

In unserer Stadt herrscht „dicke Luft“. Seit Jahren gelingt es nicht, die NO_x-Emissionen

so zu senken, dass die EU-Richtlinien eingehalten werden. Wundern muss sich darüber niemand, wenn bei allen Planungen weiterhin das Auto den öffentlichen Raum und die politischen Entscheidungen bestimmt. So scheitert der Ausbau sicherer Fahrradwege, komfortabler Fußwege und die Begrünung von Stadtquartieren immer wieder am „heiligen Blech“, dessen Verkehrsfluss und Parkraum von der Ratsmehrheit aus CDU und SPD lange Zeit nicht infrage gestellt wurden.

Der öffentliche Raum muss angesichts des Klimawandels jedoch zwingend anders aufgeteilt werden. Was wäre nicht alles möglich, wenn CDU, SPD und FDP nicht um jeden Parkplatz kämpfen würden!

Mehr Bäume, Spielflächen für Kinder, Grünanlagen, Blumenbeete und Bänke könnten überall dort entstehen, wo zurzeit nur Autos abgestellt sind. Es wäre ein Gewinn an Aufenthalts- und Lebensqualität für alle Menschen in dieser Stadt. Auch die zum Teil schäbigen Unterführungen, die in der Stadt noch existieren, könnten sinnvoller

genutzt werden, z. B. als Fahrradgaragen. Das gleiche gilt für leerstehende Ladenlokale. Hier hoffen wir, dass unsere Ideen noch in das zu erarbeitende Fahrradabstellkonzept einfließen werden.

Neben der Schaffung von neuen Grünflächen kämpft Die Linke seit Jahren für den Erhalt der bestehenden Großstadtoasen und gegen eine Politik mit der Kettensäge. Auf unseren Antrag hin müssen Baumfällungen nun öffentlich angekündigt werden, und die Ausgleichszahlungen wurden drastisch erhöht. Nachdrücklich erinnern wir CDU und SPD regelmäßig an ihren eigenen Antrag „10.000 neue Stadtbäume“ zu pflanzen und fordern die Umsetzung ein. Diese war anscheinend nie ernsthaft geplant, sondern lediglich der Rahmen für eine schöne Pressemitteilung.

Mobilität muss sich jeder leisten können!

Nicht alle Ziele sind zu Fuß zu erreichen, und zum Fahrradfahren in Aachen gehört eine große Portion Mut. Wer aber in Aachen öffentliche Verkehrsmittel nutzt – also Bus & Bahn – braucht starke Nerven und ein gut gefülltes Portemonnaie. Die Tickets sind zu teuer und in den Bussen fühlt man sich häufig wie eine Sardine in der Büchse. Als einzige Fraktion hat Die Linke immer gegen die jährlichen Preiserhöhungen bei der ASEAG gestimmt. Alle anderen Fraktionen winken die steigenden Tarife seit Jahren durch. Nur zu Wahlkampfzwecken stimmt die eine oder andere Fraktion schon einmal dagegen – wie beispielsweise die Grünen oder bekundet mit einer Enthaltung gar keine

Weder Fußgänger*innen
noch Radfahrer*innen
noch Busnutzer*innen
haben bei dieser Ratsmehrheit eine Lobby!
FDP
CDU/SPD
DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Meinung zum Thema zu haben, wie die SPD. Mehrheiten für die Kostensteigerungen sind durch solche Kapriolen nicht gefährdet. Die Linke streitet konsequent dafür, dass sich Busfahren jede/r leisten können muss, etwa mit einem umlagefinanzierten ÖPNV oder einem Jahresticket für einen EURO pro Tag. Das ist gut fürs Klima und sozial gerecht, denn Klimaschutz darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden! Es geht uns aber auch um eine bessere Qualität im Nahverkehr. Dafür hat Die Linke z. B. die Einrichtung eines Fahrgastbeirats beantragt, in dem Vertreter*innen aller Kundengruppen ihre Ideen und Vorstellungen einbringen können. Ein solcher wurde im Dezember 2019 nun endlich auch beschlossen! Kund*innen der ASEAG sollten auch einen gewissen Komfort erfahren. So haben wir z. B. einen Antrag zur Gestaltung der neuen Bushaltestelle am Uniklinikum gestellt.

Wer wenig Geld hat, hat nicht nur Probleme, mobil zu bleiben. Der Kauf von energiesparenden Geräten oder eine Wohnung in einem energetisch sanierten Haus sind ebenfalls nicht möglich. Die Folge sind hohe Strom- und Gasrechnungen, die nicht gezahlt werden können – eine Energiesperre droht. Es fällt schwer, sich das ganze Ausmaß für die Betroffenen vorzustellen. Jedes Jahr sitzen viele Menschen in Aachen über Wochen im Dunkeln, können die Wohnung nicht heizen, haben kein warmes Wasser, können keine Mahlzeiten zubereiten und weder Fernsehen noch Radio hören. Die Linke hat aus diesem Grund ein Verbot der Energiesperren und die Einführung eines Sozialfonds

gefordert. Es fand sich dafür keine Mehrheit im Aachener Stadtrat.

Wir bleiben dabei: Dass Menschen in unserem reichen Land in Armut leben müssen, ist eine Schande, und der Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe oder gar Energieversorgung ist menschenunwürdig!

Wir brauchen eine sozial gerechte Energiewende, die nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die ohnehin schon nicht wissen, wie sie bis zum Monatsende über die Runden kommen. Aus diesem Grund sehen wir auch die Elektromobilität als propagiertes Allheilmittel kritisch. Unabhängig davon, dass sich die Wenigsten ein Auto mit dieser Antriebsform leisten können, kann es keine Lösung sein, dass anstelle von Verbrennungsmotoren zukünftig Elektromotoren unsere Straßen verstopfen. Hinzu kommt, dass die Rohstoffe für die Batterien aus Ländern kommen, in denen die Ärmsten der Armen unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet werden. Das widerspricht unserer Auffassung von sozial und gerecht.

5. Kulturelle Teilhabe für Alle – Leben ist mehr als Existenz

„Jedem Kind, unabhängig von Bildung, kulturellem Hintergrund und sozialem Stand, den Zugang zur Musik zu eröffnen“ (Zitat Harald Nickoll, scheidender Leiter der Städtischen Musikschule Aachen), ist auch das Anliegen unserer Fraktion - aber nicht nur für Kinder, sondern auch für Jugendliche und Erwachsene soll das Interesse für Musik und der Zugang zu allen anderen Kunstgattungen ermöglicht und erleichtert werden.

Deshalb setzten wir uns für kostenlose Besuchstage der Museen sowie für stark ermäßigte Eintrittspreise in allen kulturellen Einrichtungen ein. Die finanzielle Lage von Familien und Menschen mit geringem Einkommen darf nicht zu kultureller Ausgrenzung führen.

Gleichzeitig streiten wir dafür, dass Kunstschaffende ein gerechtes und existenzsicherndes Einkommen erhalten. Wir haben die Pädagogen der städtischen Musikschule in ihren Forderungen nach Festeinstellungen bzw. als Honorarkräfte zu höherem Stundenlohn tatkräftig unterstützt. Gute Arbeitsverhältnisse bilden die Grundlage, Kindern wie Erwachsenen Spaß an der Kunst und Freude am Reichtum des Lebens zu vermitteln.

Die Begriffe „Kunst und brotlos“ dürfen nicht miteinander verknüpft bleiben, und Kunstpädagogik ist kein Ehrenamt. Im Gegenteil sind die von Künstler*innen erarbeiteten Projekte für Kinder und Jugendliche in Stadtvierteln, in denen die Eltern keine Möglichkeit haben, ihren Kindern diese bereichernden Erfahrungen zu bieten, unverzichtbare Arbeit für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Aus dem gleichen Grund unterstützen wir die Arbeit des Musikbunkers und Kingz Corner, die vielen jugendlichen Bands Räume sowie Rat und Hilfe anbieten, sowie die Musikprojekte an Grundschulen.

6. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es (Erich Kästner)

Menschen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, tun dies ehrenamtlich. Anders als Bundestags- oder Landtagsabgeordnete erhalten Stadträte für ihre Arbeit eine monatliche Aufwandsentschädigung. Ab dem 1. Januar 2016 wurde dieser Betrag um 10 Prozent auf nunmehr 497,70 Euro erhöht.

Die Ratsmitglieder der LINKEN haben schnell entschieden, dass sie mit der Erhöhung einmal jährlich lokale Initiativen und Vereine aus den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur unterstützen möchten.

In den Jahren 2017 und 2018 lag unsere Schwerpunktsetzung auf Projekten und Initiativen für Kinder und Jugendliche, im Jahr 2019 unterstützten wir vorwiegend Projekte für ältere Menschen. Je 1.000 Euro gingen an:

2017

- Grundschule Beeckstraße / GZM Musikprojekt
- Grundschule Düppelstraße / Gitarrenklasse
- Grundschule Michaelsbergstraße / Flötenklasse
- Cafè Zuflucht

2018

- Feuervogel
- Arbeiterkind.de
- Grundschule Düppelstraße / Gitarrenklasse
- Suchthilfe / Querbeet

2019

- Bürgerverein Brand / Senioren bleiben mobil
- Engagiert älter werden / Hundebesuchsdienst
- Mukoviszidose e. V. Aachen

7. und sonst?

Unsere Anträge und Anfragen im Überblick

- TO-Antrag an die Bezirksvertretung Laurensberg: „Sachstandsbericht: Austausch und Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat Vaals“
- Antrag zur Tagesordnung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte: Barrierefreie Wohnungen der gewoge.
- Ratsanfrage: Automatisiertes Auslesen von Autokennzeichen durch die APAG
- Ratsantrag: Einführung einer Wettbürosteuer
- Ratsantrag: Bekanntmachung der Themen nichtöffentlicher Sitzungen
- Ratsanfrage zu Wohnungsleerständen
- Ratsanfrage: Aktivitäten der Bundeswehr im Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung im Bereich von Kindertagesstätten.
- Antrag zur Tagesordnung der Sitzungen

von Planungsausschusses und Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss: Sachstandsbericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in Aachen
- Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zur aktuellen Situation beim Servicecenter Call Aachen
- Ratsanfrage: Überstunden in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- Antrag zur Sitzung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses: Bürger*innenfragestunde im Ausschuss
- Ratsantrag: Einstellung von Gewerbesteuerprüfer*innen
- Ratsanfrage: „Härtefälle“ chemisches Lebensmitteluntersuchungsamt
- Antrag zur gemeinsamen Sitzung von Kinder-und Jugendausschuss mit Schulausschuss: Sachstand Schulsozialarbeit in Aachen
- Ratsanfrage: Werbung in Omnibussen
- Ratsantrag: Keine Kürzung bei der Aufwandspauschale für Schülerlotsen
- Ratsantrag: Kinderspielplätze inklusiv gestalten
- Ratsanfrage: Gleichstellung bei der Stadt Aachen
- Ratsantrag: „Knöllchen“ gegen Tagesticket
- Ratsanfrage: Nutzung der Stadtbibliothek bei Kindern und Jugendlichen
- Ratsantrag: Sicherstellung der Finanzierung des Projektes „Aachener Hände“
- Ratsanfrage: Lebensmittelkontrollen in der Stadt Aachen
- Ratsanfrage: Vorratsdatenspeicherung bei der Stadt Aachen
- Ratsanfrage: Nutzung der Barockfabrik
- Ratsanfrage: Beschäftigung von Menschen mit Handicap in der Verwaltung
- Antrag zur Tagesordnung für den Kinder- und Jugendausschuss: „Sachstandsbericht

und Handlungskonzept: Runder Tisch Kindergartenfinanzierung“
- Ratsanfrage: Kriterien bei der Vergabe von KiTa-Plätzen
- Ratsantrag: Nutzungskonzept für das Haus Matthéy
- Anfrage an die Bezirksvertretung Laurensberg: Tempo 30-Regelung Süsterfeldstraße /Schurzelter Straße
- Antrag an die BV Laurensberg: Schaffung einer sicheren Querungsmöglichkeit für Kinder und Senioren über die Schurzelter Straße
- Ratsanfrage: Obdachlosigkeit in Aachen
- Ratsanfrage: Kosten für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung in Aachen
- Ratsantrag: Windbäume für Aachen
- Ratsantrag: Graffitis an städtischen Gebäuden
- Ratsanfrage: Konflikte zwischen Außengastronomie und Barrierefreiheit
- Antrag zur Tagesordnung des Mobilitätsausschusses: »Sachstandsbericht 10.000 neue Stadtbäume«
- Ratsantrag: »Runder Tisch preiswerter Wohnraum«
- Ratsantrag: Verbot sexistischer Werbung in Aachen
- Ratsanfrage: Innerstädtische Lebensräume für Vögel und Insekten
- Antrag zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung von Kinder- und Jugendausschuss und Schulausschuss: Fachveranstaltung (Workshop) zur Erarbeitung von Perspektiven für den Schulstandort Kronenberg
- Ratsanfrage: Baumfällungen in der Stadt Aachen
- Antrag zur Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie: Armutsentwicklung in Aachen
- Antragspaket: Der Armut Grenzen setzen

1. Ratsantrag: Einrichtung eines Runden Tisches »Armut in Aachen«
2. Ratsantrag: Förderungen durch die Landesinitiative »NRW hält zusammen... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung« prüfen
3. Ratsantrag: Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken – niedrigschwellige Angebote in allen Stadtvierteln ausbauen
4. Ratsantrag: Bedarfsanalyse Schulsozialarbeit
5. Ratsantrag: Ausbau der musischen Früherziehung
6. Antrag zur Tagesordnung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss: Milieuschutzsatzung – Vorbereitende Untersuchungen

- Ratsanfrage: Mehrbedarf für BezieherInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Ratsanfrage: Nutzung von Herbiziden durch den Aachener Stadtbetrieb
- Ratsantrag: Transkulturelle Kompetenz stärken
- Ratsantrag: Anbindung der Uniklinik an regionale Radwege
- Ratsantrag: Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren
- Ratsantrag: Quote für geringer qualifizierte Beschäftigte beibehalten
- Ratsantrag: Zivilschutz für Menschen mit wenig Geld
- Ratsantrag: Integriertes Spielhallenkonzept – Prävention und Beratung bei Spielsucht im Konzentrationsbereich
- Ratsantrag: Präzisierung der Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau in Aachen

- Ratsantrag: Sichere Fahrradabstellanlagen in Bewohnerparkzonen
- Antrag zur Tagesordnung der Verbandsversammlung des Wasserverbands Eifel-Rur: »Gefährdung des Trinkwassers durch Nitrate«
- Ratsanfrage: Gewalttaten gegen Wohnungslose in Aachen
- Ratsantrag: Umweltfreundliche Mobilität in Aachen – mit Elektromobilen durch die Innenstadt
- Ratsantrag: Aufenthaltsqualität am Bushof verbessern
- Ratsantrag: Rahmenplanung Stadteingang Nord-West
- Antrag zur Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie: Vorstellung der Arbeit der Stadtteilkonferenzen
- Ratsantrag: Mehrsprachige Lebenspartnerschaftsurkunden
- Ratsantrag: Einrichtung eines Fahrgastbeirats bei der ASEAG
- Antrag zur TO des Schulausschusses am 22.2.2018: Antrag zur Tagesordnung des Schulausschusses: Schulschließungen bei Unwetterereignissen
- Ratsantrag: “Verdrängungsatlas” für Aachen
- Ratsantrag: Hochbauwettbewerb Busterminal Klinikum
- Ratsantrag: Keine Tabakwerbung in Schulnähe
- Ratsantrag: 200 Jahre Aachener Kongress
- Ratsantrag: Ausstellung »Industrie und Holocaust: Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz« nach Aachen holen
- Ratsantrag: Grundstücke der öffentlichen Hand müssen in öffentlichem Eigentum bleiben
- Ratsantrag: Einführung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

- Ratsantrag: Höhere Ausgleichszahlungen bei Baumfällungen
- Ratsantrag: Entlastung von Familien durch Änderungen der Kita-Beiträge
- Ratsanfrage: Korruptionsbekämpfung in Aachen
- Ratsantrag: Kündigung der Mitgliedschaft im Verein Metropolregion Rheinland e. V.
- Ratsantrag: Aufstellung einer Baumbilanz
- Ratsantrag: Azubiwohnheim
- Ratsanfrage: Photovoltaik auf städtischen Gebäuden
- Ratsantrag: Leerstandssatzung für Einzelhandelsflächen
- Ratsantrag: E-Bike-Garagen in leerstehenden Geschäftsräumen
- Ratsantrag: Steuerbefreiung für Rettungshunde
- Ratsanfrage: Versickerungsfähiges Pflaster
- Ratsantrag: Konsequente Umsetzung der Qualitätsstandards für Premiumwege
- Ratsanfrage: Barrierefreie Verwaltung
- Ratsantrag: Kampagne zur Grundsicherung im Alter durchführen
- Ratsantrag: Koloniale Raubkunst in Aachener Museen
- Ratsanfrage: Arbeitsbedingungen von Schulbegleiter*innen
- Ratsanfrage: Schutzfristen für nichtöffentliche Unterlagen
- Ratsantrag: Gestaltung neuer Feuerwehrgebäude und neuer Rettungswachen
- Ratsantrag: Sanierungsplan für das Welthaus Aachen
- Ratsanfrage: Eigentumsverhältnisse Kasernengrundstücke
- Ratsantrag: Starke Frauen – Starke Kommunen
- Ratsantrag: Mehr Flächen für den Stadtbetrieb
- Ratsantrag: Beantragung von

Fördergeldern zur Erforschung der städtischen Übernahme jüdischen Grundbesitzes zwischen 1933 und 1945
- Ratsantrag: Aufwandsentschädigung für Integrationsräte
- Ratsantrag: Mehr Leben ins Alte Kurhaus
- Ratsanfrage: Wohnungen ohne Zentralheizung
- Ratsanfrage: Truppentransporte im Zusammenhang mit dem NATO-Manöver US DEFENDER Europe 2020.
- Ratsantrag: Ankauf von Wohnungen
- Ratsantrag: Kein Platz den Hohenzollern
- Ratsanfrage: Verkaufscontainer auf dem Münsterplatz
- Ratsantrag: Straßennamensschilder für Menschen mit Sehbehinderung

Sie finden alle Antrage im PDF-Format auf unserer Webseite: www.fraktion-dielinke-aachen.de

Teil II.

Die Linke im Rat der Stadt Aachen und in den Ausschüssen

Leo Deumens

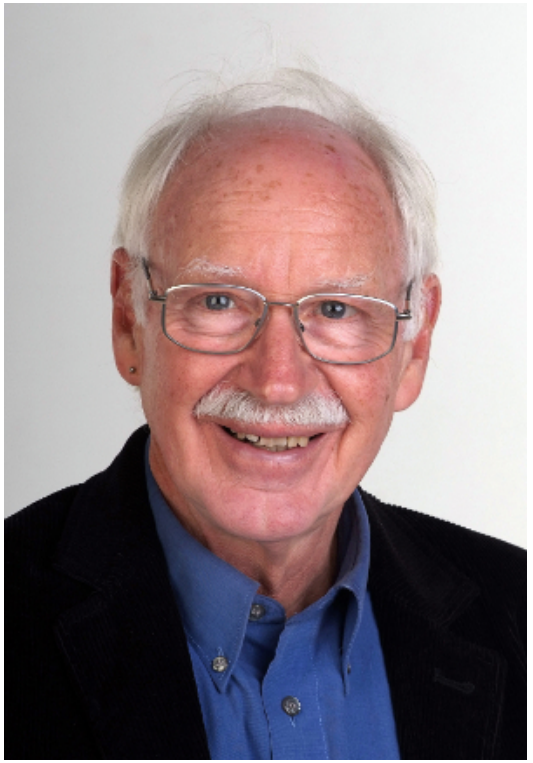
Fraktionsvorsitzender

Sozialpolitischer
Sprecher

Ellen Begolli

Ratsfrau

Personalpolitische
Sprecherin



Georg Biesing

Ratsherr

Bezirksvertreter
Laurensberg

Ulla Epstein

Ratsfrau

Kulturpolitische
Sprecherin

Adelheid Pulinna

Ratsfrau

Regionalpolitische
Sprecherin

Marc Beus

Planungspolitischer
Sprecher

Matthias Fischer

Schulpolitischer
Sprecher

Eddi Hilgert

Sportpolitischer
Sprecher

Tim Hildmann

Umweltpolitischer
Sprecher

Katharina Hrvaćanin

Jugendpolitische
Sprecherin

Lasse Klopstein

Bezirksvertreter
Aachen Mitte

Renate Linsen

Sprecherin
für Antifaschismus

Harald Siepmann

Mobilitätspolitischer
Sprecher

Jörg Taufenbach

Wirtschaftspolitischer
Sprecher

Günther Sonnen

Bildungspolitischer
Sprecher

Andreas Müller

Ratsherr 1999 – 2014
(Ausgeschieden Dezember 2016)

Michael Bredohl

Ratsherr 2014 – 2019
(Ausgeschieden Februar 2019)

Jenni Brettschneider

Sachkundige Bürgerin
(Ausgeschieden Dezember 2016)

Wolf Riedel

Sachkundiger Bürger
(Ausgeschieden November 2017)

Jörg Hofmann

Sachkundiger Bürger
(Ausgeschieden Juli 2018)

Leona Piana

Sachkundige Bürgerin
(Ausgeschieden November 2019)

Die Linke im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof, Zimmer 139
52062 Aachen

Tel. 0241 / 432-7244
Fax: 0241 / 413541-7244
E-Mail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de

www.fraktion-dielinke-aachen.de